

UWE STIEHLER

Auf der Suche nach einem Geschäftsmodell

Es gibt da Dinge, die kann auch eine so ambitionierte Veranstaltung wie die Leipziger Buchmesse nicht erklären. Warum schießen ausgerechnet die Verkaufszahlen von schlecht aufgeschriebenen Fesselfantasien durch die Decke? Während das, was zum Beispiel der Graf Verlag an literarischen Wonnen produziert, hierzulande untergeht. Es hat sich bei den vergangenen Messen in Leipzig angedeutet und ist dieses Jahr noch einmal offensichtlicher geworden: Es herrscht, was die Zukunft des Buches betrifft, eine gewisse Ratlosigkeit bei den Produzenten.

Nun gibt es in diesem Meer der Unsicherheit Freibeuter, die mit zweifelhaften Methoden Rettung verheißen. Und da muss man zuerst Amazon nennen. Das Unternehmen drückt Verlage mit Rabatten, die sie verzweifeln lassen. Und der Strick, der bereits um ihren Hals liegt, wird enger gezogen werden, wenn Amazon versucht, die deutsche Buchpreisbindung über Luxemburg zu umgehen. So ein Kostendruck endet immer auf die gleiche Art. Entweder wird an der Qualität oder an der Vielfalt gespart. Beides wäre fatal, und es kann niemand wollen, das ein gieriger Riese das Schick-

sal einer ganzen Branche entscheidet.

Bücher, daran zweifelt eigentlich niemand, wird es auch im iPad-Zeitalter geben. Denn die Geräte sind einzig geschaffen worden, um mit Informationen gefüttert zu werden. Wer iPads verkaufen will, muss mit Input locken. Und schon springen die ersten Buchverlage auf einen Zug auf, der seit Langem in die falsche Richtung fährt, und fangen an, ihre elektronischen Bücher als Bonusmaterial zu verschenken. Da wird wieder diese Mentalität genährt, dass Informationen, die aus dem Netz kommen, kostenlos sein müssen. Jene Verlage versuchen also, mit schrumpfenden Druckauflagen ein zusätzliches Angebot zu subventionieren. Und das soll gut gehen?

Solche Hilfskonstruktionen retten den Buchmarkt nicht. Aber vielleicht Aufrufe wie der von Hubert Winkels, dem Kopf der Leipziger Buchpreis-Jury. Er beschwor auf der Messe die Kommune der reizbaren Leser und die Neugier aufs Buch, egal wie es nun daher kommt. Die aber wird nicht befeuert durch technische Spielereien, sondern durch „einen Rumor, der durch die Lektüre treibt“.

Das Versprechen

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass der sich nähernde Bundestagswahlkampf der Politik neue Flügel verleiht. Anders ist es nicht zu erklären, warum CDU und CSU gerade jetzt ihren lange schwelenden Rentenstreit beigelegt haben. Vorerst zumindest und vorbehaltlich eines noch auszuverhandelnden Finanzierungsmodells. Da lauert nämlich der nächste Konflikt.

In der Sache freilich ist die intendierte Gleichstellung der Mütterrentenansprüche längst überfällig. Vernünftig begründbar jedenfalls war die unterschiedliche Behandlung von Frauen, die ihre Kinder vor oder

nach 1992 bekommen haben, nie. Eine solche Festlegung ist reine Willkür; vertretbar allenfalls unter Hinweis auf die Bezahlbarkeit, dann aber auch nur, wenn eine Gleichstellung schrittweise angestrebt ist.

Nun hat die CDU ihren in dieser Hinsicht bremsenden Finanzminister überspielt. Der kleine Schönheitsfehler in der Angelegenheit ist: In diesem Jahr wird es nichts mehr mit der Umsetzung, weil der Koalitionspartner und die Opposition – aus unterschiedlichen Gründen – dagegen sind. Mal sehen, wie das dann 2014 wird, gleich unter welcher Regierung. GÜNTHER MARX

Ende der Garantien

Was die EU gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds da als Rettungspaket für Zypern ausbaldowert hat, ist ein unkalkulierbares Wagnis. Mehr noch: Es ist Wahnsinn.

Zugegeben, Zypern war als Niedrigsteuerland auch für Anleger jenseits der EU und für Schwarzgeldwäscher interessant – was den Bankensektor extrem aufblähte. Doch zur Lösung bittet die EU nun Menschen für Probleme zur Kasse, die sie gar nicht selbst verursacht haben. Wir erleben die kalte Enteignung von Sparern, kleinen und großen, die auf die EU-weit gesetzlich garan-

tierte Einlagensicherung bis zu 100 000 Euro vertraut haben.

Es war maßgeblich die Zusage durch Kanzlerin Merkel und ihren damaligen Finanzminister Steinbrück, dass die Spareinlagen sicher sind, die in der Finanzkrise panische Abhebungen in Deutschland verhindert hat. Diese Gewähr, die auch als Signal für Europa gedacht war, haben kurzsichtige Haushaltswächter nun zerstört. Jede Garantie, die Europa jetzt Sparern geben wird, ist nicht mehr glaubwürdig. Die Lehre, die Griechen oder Spanier daraus ziehen ist klar: Hebt euer Geld ab, so schnell wie möglich. STEFAN KEGEL

Gesagt ist gesagt



„Aber glaubt nicht, dass ich Werbung für die Bücher des Kardinals mache.“

Papst Franziskus am Sonntag bei seinem ersten Angelusgebet auf dem Petersplatz in Rom. Zuvor hatte er auf das Buch „Barmherzigkeit“ des deutschen Kurienkardinals Walter Kasper (80) verwiesen.

Märkische Oderzeitung

Chefredakteur: Frank Mangelsdorf; **Stefanie Lubasch**; **Sport:** Jürgen Leibner; **Neue Märkte, Online & Sonderaufgaben:** Sandra Dalk; **Deutsch-polnische Nachbarschaft:** Dietrich Schröder; **Korrespondenten:** Ulrich Thiesen (Potsdam), André Bochow. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingereichte Manuskripte und Fotos und behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. **Verlag:** Märkisches Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG; **Geschäftsführung:** Dr. Bodo Almert, Andreas Simmet; **Anzeigenleitung:** 15201 Frankfurt (Oder) **Straßenanschrift:** Kellenspring 6, 15230 Frankfurt (Oder), Telefon 0335 5530-0 (Zentrale); Telefax 0335 5530-538; **Redaktionservice:** 0335 5530-563; E-Mail: redaktion@moz.de; **Telefonische Anzeigenannahme:** 0180 1 335333 (3,9 ct./Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 ct./Min.); Telefax 0335 5530-480; E-Mail: vertriebsleitung@moz.de

Deutschland ist reich an Armutsstatistiken. Beinahe im Monatstakt erscheinen neue, alarmierende Berichte. Doch sind wir tatsächlich ein Land des Elends? Darüber sprach DOMINIK WÜCHNER mit Gert Wagner, Volkswirtschaftler und Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Herr Wagner, sind die Deutschen tatsächlich so arm, wie es ständig behauptet wird?

Das kommt darauf an. Armut ist ja kein wohldefinierter Begriff. In der Öffentlichkeit kursieren deswegen ganz unterschiedliche Zahlen. Da ist es hilfreich, wenn man einen internationalen Vergleich anstellt. Und da ist es so, dass wir nach wie vor im Mittelfeld liegen im Hinblick auf Einkommensungleichheit und Armut. Zwischen dem Jahr 2000 und 2005 sind Ungleichheit und Armutsgefährdung gestiegen. Seitdem aber nicht mehr.

Es ist also trotz aller Untergangsmeldungen in den vergangenen fünf Jahren nicht wirklich schlechter geworden?

Richtig. Gerade die Medien, aber auch viele Wissenschaftler interpretieren gerne Nachkommastellen der Zahlen, die

Montags-INTERVIEW

statistisch überhaupt nicht gesichert sind. Bis 2005 hat es einen Anstieg gegeben, das ist richtig. Aber danach wackeln die Zahlen lediglich ein wenig herum. Die Ausschläge nach oben und nach unten sind dabei jedoch kleiner als der statistische Zufallsfehler. Dieser entsteht, weil nicht die gesamte Bevölkerung untersucht wird, und das ist weltweit so, sondern nur Stichproben von etwa 10 000 Privathaushalten. Deswegen darf man die kleinen Unterschiede, die sich von Jahr zu Jahr gezeigt haben, nicht interpretieren.

Was versteht man eigentlich unter Armut?

Es ist ganz unterschiedlich. was verschiedene Menschen und Gesellschaften darunter verstehen. Nimmt man zum Beispiel die amerikanische Sozialhilfe, die ist viel niedriger als die deutsche, und für alle Bevölkerungsschichten gibt es in den USA auch keine Unterstützung. Dadurch hat man, gemessen am Bezug von sozialer Unterstützung, gewissermaßen automatisch weniger Arme als hier. Oft werden bei staatlichen Sozialleistungen also Äpfel mit Birnen verglichen. Um das zu vermeiden, werden in unseren Statistiken in der Regel sogenannte Armutsrisikoquoten ausgewiesen.

Erstaunliche Erkenntnisse

Zu „Die Deutschen müssen von den Nazi-Lagern gewusst haben“ (Ausgabe vom 7. März):

Amerikanische Forscher haben also herausgefunden, dass die Deutschen von der Existenz von Gefangenenlagern gewusst haben müssen, da es ja so viele davon gab. Es erstaunt mich, dass in dieser Studie auf die hohe Zahl von Lagern verwiesen wird. Forscher, die nach 13 Jahren intensiver Forschung zu solchen Erkenntnissen kommen, würden vermutlich nur dann arglos bleiben, wenn in ihrem Land trotz Krieg und Kesselschlachten keine Kriegsgefangenen auftauchen würden.

„Der soziale Aufstieg ist schwerer geworden“

Volkswirtschaftler Gert Wagner über Armutsstatistiken und wie man sie richtig liest



Sieht keine erhöhte Armutsgefährdung: Gert Wagner

Foto: Stephan Röhl

Was besagt diese Quote?

Statistiker, Ökonomen und Soziologen, die sich mit Einkommensarmut beschäftigen, haben sich weltweit für die Konvention entschieden, dass jemand, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, als armutsgefährdet bezeichnet wird. In Deutschland liegt diese Armutsgrenze zurzeit unter 1000 Euro. Das ist aber eine reine Konvention. Man hätte genauso 40, 50 oder auch 70 Prozent als Grenze nehmen können.

15 Prozent der Deutschen gelten demnach als armutsgefährdet. Überhöhen solche Statistiken das Problem?

Dass es 15 Prozent der Bevölkerung materiell nicht besonders gut geht, kann man nicht bestreiten. Die Frage ist, ob man das mit dem Begriff Armut belegen muss. Man könnte genauso gut sagen, nur jemand, der Hartz IV oder irgendeine Grundsicherung bezieht, gilt als armutsgefährdet. Das wäre dann in der Regel auch ein niedrigerer Prozentsatz und vermutlich auch lebensnäher.

International vergleichbar wäre dies dann aber eben nicht mehr. Vielleicht wäre es jedoch besser, wenn man die 60-Prozent-Quote als Niedrig-Einkommens-Quote bezeichnen würde. Dass aber von Armut gesprochen wird, liegt daran, dass in den 90er-Jahren, als Soziologen, Ökonomen und Sozialpolitiker das Thema auf die Agenda gebracht haben, mit dem Begriff Armut auch das politische Ziel verfolgt wurde, die Lebenssituation von Menschen mit niedrigen Einkommen zu verbessern. Deswegen wollte man mit dem Begriff „Armut“ Aufmerksamkeit schaffen. Ich glaube, das rächt sich inzwischen, weil das nicht in jedem Einzelfall plausibel ist.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

Studenten etwa. Da kann man zwischen denjenigen unterscheiden, die noch zu Hause in einer Bedarfsgemeinschaft mit ihren Eltern leben und jenen, die ihren Weg mit wenig Geld allein gehen und rein materiell betrachtet meist arm sind. Welche Lebenssituation jetzt die bessere

ist, muss jeder für sich selbst festlegen. Ich würde vermuten, dass es dem Studenten, der materiell nicht viel hat, aber nicht mehr zu Hause wohnt, besser geht. Statistisch gilt er aber als armutsgefährdet.

Eine andere Erkenntnis aus den vielen Studien scheint zu sein, dass die unteren Schichten zunehmend den Anschluss verlieren.

Es ist in der Tat so, dass es in den letzten 20 Jahren schwerer geworden ist, aus Einkommensarmut oder weniger privilegierten Lebenslagen herauszukommen. Und diese mangelnde Durchlässigkeit halte ich auch für eines der größten gesellschaftlichen Probleme. Denn wenn es erst mal eine abgehängte Gruppe gibt, wird es immer schwieriger, dieser zu helfen.

Woher kommt diese zunehmende Schieflage?

Es gibt in Ostdeutschland Gebenden, wo keine neuen Jobs entstehen, sondern es immer

weniger werden. Und es ist uns nach wie vor nicht gelungen, die Kinder von Zuwanderern in Schule und Ausbildung so zu qualifizieren, wie das bei den meisten deutschen Kindern der Fall ist. Hinzu kommt, dass Eltern mit mittleren und überdurchschnittlichen Positionen – vor allem auch jene, die von der Nachkriegsdurchlässigkeit profitiert haben – alles versuchen, damit ihre Kinder und Enkelkinder nicht absteigen. Das sieht man unter anderem an dem Anstieg der Zahl von Privatschulen. Zu einer durchlässigen Gesellschaft gehört aber auch, dass der Nachwuchs auch absteigen kann. Sonst kann ja von unten keiner nachkommen.

Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn der Kon-takt zwischen den einzelnen Schichten verlorengeht?

Das ist für alle gefährlich. Wenn wir uns Paris oder London anschauen, dann sehen wir gesellschaftliche Zustände, die uns in Deutschland, wenn jetzt nicht schnell und erfolgreich etwas beim Nachwuchs getan wird, auch drohen. Dabei ist jungen Leuten nicht geholfen, wenn Hartz IV um 50 Euro im Monat steigt.

Was wären wirksame Mittel, um dem entgegenzuwirken?

Im Jugendbereich muss man es zum Beispiel erleichtern, Schulabschlüsse oder Ausbildungen nachzuholen, auch wenn es vielleicht schon zweimal schiefgegangen ist. Wichtiger ist aber, dass der aktuelle Forschungsstand besagt, dass man Kindern so früh wie möglich helfen muss, wenn sie in Elternhäusern groß werden, die bildungsfern sind. Das heißt: Am besten schon vor dem Kindergartenalter.

Die CSU hat in der Regierung jedoch unlängst das als Herd-prämie verschriene Betreuungsgeld durchgedrückt. Steht das dem nicht entgegen?

Ja, dadurch steigt die Gefahr, dass die soziale Durchlässigkeit noch kleiner wird.

Zur Person

Gert G. Wagner, 60, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin und Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Er ist gegenwärtig unter anderem Vorsitzender der Zensus-Kommission, die die Volkszählung wissenschaftlich begleitet. Er war zudem Mitglied der Rürup-Kommission, die einen Teil der Agenda 2010 vorbereitet hat, und Mitglied im Wissenschaftsrat.

Leserbriefe an die Redaktion



der dortigen demokratischen Institutionen. Das sollte auch über Kreisgrenzen möglich sein. Entscheidend ist dann, was man sich leisten kann. **HANS-GEORG KOCH** Angermünde

Gespart wird auch nach der Wahl

Zu „Soziale Gerechtigkeit und viel Bildung“ (Ausgabe vom 12. März):

Schon lange wird in den Be-

reichen Arbeits- und Ausbildungsplatzförderung, Familienausgleich, Krankenversicherung, Lohnersatzleistungen und so weiter gespart. Das schafft keine Arbeitsplätze, sondern demontiert sie. Und auch die neue Regierung wird nach den Wahlen zur Finanzierung des Haushaltes wohl Einsparungen im sozialen Bereich vornehmen. **HANS-JOACHIM REIMANN** Lindenber

Nordkorea hat kaum eine Alternative

Zu „Nordkorea droht mit ‚totalen Krieg‘“ (Ausgabe vom 11. März):

Die Sanktionen haben bisher so gut wie nichts gebracht. Nordkorea steht mit dem Rücken zur

Wand, 24 Millionen hungrige Mäuler, aber nichts zu essen, dafür 1,1 Millionen Soldaten unter Waffen. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass dort in naher Zukunft ein militärischer Befreiungsschlag versucht werden wird, sprich die Besetzung Südkoreas, um die dortigen Ressourcen zu vereinnahmen.

Nordkorea hat – zumal bei weiter verschärften Sanktionen – kaum eine Alternative zu überleben, wenn es sein politisches System nicht aufgeben will. Darauf deutet jedoch nichts hin. **RAINER FRANZ** Fichtenhöhe

Die abgedruckten Briefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.